Bezugspreis für April durch die Post bezogen 2.00 Mk. endlich Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentlich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2445 2449 und 2450
Geschäftsstelle Münster Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. 78. Rheine Emsstraße 34a. Fernspr 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr Hübsch Berlin SW 48. Perl Gedemannstraße 5 Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- u. Vergnügungs-Anzeigen 15 Pfg. für sonst Anzeigen aus dem Reg.-Bez Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg Familien-Anzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 12 111 Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt

Sonntag, den 3. April 1927.

76. Jahrgang. Nr. 332

Abrüstungsdebatten.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

jt **Genf**, 31. März.

Die „Vorbereitende Abrüstungs-Kommission", die bekanntlich unter vielen technischen Überlegungen ihrer Unterkommissionen den entscheidenden politischen Schlußstrich setzen soll, hat jetzt bereits ihre 10. Sitzung gehalten. 18 Redner dreier Erdteile haben rund 70 lange und kurze, gute und schlechte, flüssige und stotternde Reden über die Vorzüglichkeit ihrer jeweiligen Standpunkte vom Stapel gelassen. 30 Journalisten haben sich eifrig bemüht, die Argumente zu begreifen, zu kritisieren, zu loben und zu verwerfen. Kurzum — es ist ein großer Apparat im Gange, eine lebhafte Diskussion im Flusse, deren Wellenschlag von Sitzung zu Sitzung beträchtlicher wird. Alles, was außerhalb (d. h. nicht in Genf) passiert, wird auf die leichte Schulter genommen. Albanien und Mussolini sind nahezu vergessen. Selbst Marini, der italienische Delegierte, und Jovanovitsch, der Jugoslawe, übersehen im Eifer des Gefechtes, daß von amtswegen zwischen ihren Ländern eine hitzige Spannung besteht. Daß sie es übersehen, ist typisch: typisch für das lebhafte Interesse, typisch für die überraschend liebenswürdige Atmosphäre, in der sich diese bewaffnete Abrüster unterhalten und typisch für die Tatsache, daß sich hier — um Kampf um die Waffe — ganz andere Gruppenbildungen ergeben, als im Kampfe mit der Waffe. Frankreich und Italien, aus deren politischer Gegensätzlichkeit sonst alle Funken springen, sind hier die besten Freunde. . . . Italien und England, sonst bei jedem riskanten Abenteuer eng verbunden, streiten sich jetzt mit hartnäckiger Unversöhnlichkeit. Diese abrüstungspolitische Sonderstellung der Mächte, wird von Tag zu Tag klarer und für den Verlauf der Konferenz wesentlicher, weil die Aussicht auf einmütige Einigung unwahrscheinlicher wird. Es bereitet sich anstatt der erhofften „Einstimmigkeit" der Anschauung mehr und mehr die Notwendigkeit vor, eventl. abstimmen zu müssen. Dies ist der erste Faktor, die erste grundlegende Erkenntnis, die als Resultat der ersten zehn Sitzungen notiert werden muß.

*

Unentwegten Idealisten, die durch dieses erste negative Ergebnis verstimmt werden, muß man entgegenhalten, daß die nunmehr eingerissene Parteiung der Abrüstungs-Kommission, die grundsätzliche Spaltung der vor zehn Tagen noch so einmütigen Abrüster, eine bare Selbstverständlichkeit ist. Die Rüstung der Abrüster war eine langwierige Arbeit, die auf verschiedene Weise erfolgte. Umgekehrt ist die Abrüstung der Rüster ein gleich schwieriges Unternehmen. Besser noch ein dreifach erschwerter Vorgang. Denn, während die Rüstung in wild aufwachsenden, ungestörten Wettbewerben vor sich ging, ist die Abrüstung ein organisatorisches Problem ersten Ranges, der schwierigste Interessenausgleich, der je unternommen wurde. Und — wohlgemerkt — ein Ausgleich, der nicht nur den empfindlichen Nerv der nationalen Egoismen berührt, sondern obendrein durch die schwere Vergleichbarkeit der interkontinentalen und internationalen Verteidigungssysteme ganz enorm verwickelt ist. Die Abrüstung ist — ganz abgesehen vom guten Willen — in der Tat ungemein kompliziert. Gegensatzbildungen wie die jetzt in Genf zutage getretenen, sind daher nicht verwunderlich. Sie liegen gleichmäßig in der Natur der abrüstenden Menschen — und in der Natur der „abzurüstenden" Sache. Der in manchen Lagern blühende „Pessimismus von vorneherein", der den Menschen ohne weiteres für böse hält, sollte diese innere und äußere Schwierigkeit mehr in Rechnung stellen. Wenn überhaupt — so wird nur mit Geduld abgerüstet werden können. Niemals durch verärgerte Ungeduld. Abrüstung ist, wie Benesch vor einem Vierteljahr betonte, eine Bewegung, keine plötzliche Überraschung. Eine Bewegung wie die soziale Frage, die ihre Rückschläge hat und ihre Vorstöße. Ihre Beschleunigung und ihre Verlangsamung. Ihre Hindernisse und ihre Impulse. Ihre Freunde und Gegner. Und — weil es so und nicht anders ist, darf der ersten Entwicklung dieser langfristigen Bewegung die Entschuldigung des banalen Sprichwortes zu gute gehalten werden — daß aller Anfang schwer ist.

*

Mit dieser bewußten Erkenntnis der Schwierigkeit soll keinem platten Optimismus Vorschub geleistet werden. Wie schon oben betont, ist der Glaube an eine einmütige Lösung bereits jetzt eine völlige Illusion. Der Gegensatz besteht. Und zwar — wie zur konkreten Beurteilung der gegenwärtigen Sachlage gesagt sei — besteht er zwischen der durch Frankreich geführten, durch Italien, Rumänien, Polen, Belgien, Jugoslawien usw. gestützten These Paul Boncours, der im Bereich der Landabrüstung nur die sichtbare, kasernierte Friedenseffektivmacht abrüsten will, und zwischen der von Amerika, Deutschland, Holland, Schweden, und Finnland geteilten Antithese Lord Cecils, der außerdem noch die sofort kampfbereiten Reserven beschränken will, um — wie er sagt — die „erste Stoßkraft", die unmittelbare Angriffsmacht eine Landes, zu schwächen. Um die Problematik dieser „Reservisten" wogt seit zehn Tagen der Kampf. Die erste Lesung auf der Basis einer Zusammenstellung des englischen und französischen Projektes über die Landabrüstung ist zwar freundschaftlich, aber erfolglos beendet. Frankreich hält die Reduktion für unmöglich, weil die einzige Möglichkeit der Reservistenbeschränkung — die Reduzierung der jährlichen Rekrutenaushebung — gegen das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht und damit gegen den demokratischen Grundgedanken der meisten Staatswesen verstoße. England hingegen verweist darauf, daß eine Abrüstung ohne die Beschränkung der Reservisten — gegen den Gedanken der Abrüstung selbst verstoße. In dieser Gegensätzlichkeit hat man zwar provisorisch (um überhaupt weiter zu kommen), die französische These mit leichten (schwer errungenen) Abänderungen akzeptiert. Aber, dieses Provisorium schließt nicht aus, daß der Streit bei nächster Gelegenheit erneut ausbricht. Die einzige Möglichkeit, ihn zu beenden, wäre lediglich ein französisches Zugeständnis an England in der Flottenfrage. Denn — genau gesehen, führt Frankreich seine Reservistenmacht gegen die englische Flottenübermacht ins Feld. Es kann also, wenn es seine von England besonders stark gefürchtete U-Bootgefahr entsprechend verringert, eventl. ein englisches Entgegenkommen erkaufen. Da aber die Flottenfrage bislang noch nicht diskutiert worden ist, kann man über diese Kompromißeinigung noch nicht viel sagen. Es scheint, als ob Frankreich im Ganzen eine Schwächung seiner (grundsätzlich und evtl.) gegen England verfügbaren Flotte eher zugeneigt wäre, als einer Minderung seiner Landmacht, die für italienische und „deutsche" Kriegsfälle bereit stehen muß. Manche Leute haben letztere Überlegung bereits zur Grundlage ihrer Kompromiß-Prophezeiungen gemacht. Wir beschränken uns auf die Erwähnung dieser plausibel klingenden Prophetie.

*

Vernünftig prophezeien ist schwer. Allein deswegen, weil Amerika bislang die vernünftige Taktik befolgt hat, die anderen ausreden zu lassen, bevor es selbst redet. Bei jeder strittigen Situation erklärt sein sympathischer Vertreter Gibson, mit vorbildlicher Freundlichkeit, er habe noch keine Instruktionen. Natürlich wird er schon Instruktionen haben. Aber — Amerika ist an diesen Landrüstungsdingen weniger interessiert. Es hält diese Angelegenheit im Ganzen für eine europäische Sache und empfiehlt daher dauernd „regionale" Lösungen. In gewissem Sinne teilt es allerdings den englischen Standpunkt, und wird ihn auch einigermaßen unterstützen, um hier einen Trumpf gegen Japan zu gewinnen, dessen Flottenrüstung ihm sachlich und geographisch „am nächsten" liegt. Aber es bleibt gegenwärtig noch unklar, wie stark diese Unterstützung sein wird. Ebenso unklar ist ferner, welche Haltung die Vereinigten Staaten gegenüber der französischen Idee der ständigen Abrüstungskontrolle einnehmen werden. Amerika liebt diese Kontrolle absolut nicht. Es wird sich vermutlich mit der starren Kontrollform des französischen Projektes kaum abfinden. Ob das Kontrollproblem durch den amerikanischen Widerstand zu einer Kardinalfrage wird, kann man heute kaum voraussagen. Und — weil man dieses nicht weiß — weiß man augenblicklich eigentlich noch gar nichts. Amerika, der grundentscheidende Weltfaktor, der Besitzer aller erdenklichen finanziellen Druckmittel, der geld- und darum maßgebende Abrüster hat seinen Standpunkt noch nicht präzisiert. Auch diese Tatsache wird völlig unterschätzt. Denn, klar gesehen, sind diese ganzen bislang geführten Verhandlungen, die das „bißchen Europa" unter sich geführt hat, erst dann richtig gewertet, wenn Washington seine goldenen Entscheidungen in die europäische Wagschale geworfen hat.

*

Amerika ist der stärkste Mann in der Runde der 21 Abrüster. Sprechen wir jetzt vom schwächsten, vom abgerüsteten Deutschland, das lediglich moralische und juristische Argumente vorbringen kann. Moralische Argumente — nämlich die Forderung, daß eine Abrüstung echter Art natürlich eine Rüstungsgleichheit aller zum Ziele haben muß. Daß also die anderen entweder abrüsten oder Deutschland aufrüsten muß. Die erstere Konsequenz, die Abrüstung der anderen, ist von Bernstorff verschiedentlich betont worden. Leider hat diese Betonung, die letzten Endes in der Forderung der Reservistenbeschränkung gipfelte, keinen Erfolg gezeitigt. Juristische Argumente. Hier ist Deutschlands Position, wenn sie geschickt vertreten wird, grundsätzlich stärker und vielleicht auch aussichtsreicher. Deutschlands Abrüstung durch den Versailler Vertrag fußt auf der Bedingung einer demnächstigen Abrüstung der anderen. Und — diese Abrüstung der anderen hat der Völkerbundspakt laut Bestimmung seines Artikels 8 als klare und feierliche Verpflichtung übernommen. Deutschland kann also die Erfüllung dieses hundertmal feierlich beschworenen Artikels beim Völkerbund reklamieren. Der Einwand, daß diese Reklamation fruchtlos sein werde, gilt fraglos zunächst noch. Aber er gilt nicht endgültig. Im Gegenteil — die Verletzung der Verpflichtung des Artikels 8 durch einen Mißerfolg dieser Vorkonferenz gibt erst den effektiven Anspruch. Also — wenn jetzt das moralische Mittel fruchtlos verpufft, wenn die Beratung scheitert oder sich mit einer Scheinillusion endet, dann erwächst aus dem Mißerfolg das juristische Mittel. Diese Tatsache sollte mehr beachtet werden, als sie beachtet wird. Sie ist gerade kein Trost für ein evtl. Mißlingen. Aber sie bedeutet die Geburt eines Rechtes, das die völkerrechtliche Position Deutschlands stark unterbaut.

Annahme des Finanzausgleichs.

Debatte Braun—von Guérard — Die Biersteueranteile mit 195 gegen 148 Stimmen genehmigt.

Deutscher Reichstag.

pd **Berlin**, 2. April.

Vizepräsident **Becker** eröffnete die Sitzung um 10 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist preußischer Ministerpräsident **Braun** Angriffe, die der Abgeordnete Frick (Nat. S.) in einer früheren Sitzung des Reichstages gegen den preußischen Ministerialdirektor Dr. **Badt** gerichtet hat, als völlig unbegründet zurück.

Die zweite Lesung der vorläufigen Finanzausgleichs wird dann fortgesetzt und zwar bei der

Hauszinssteuer.

Abg. **Biedermann** (S) bedauert die Mietserhöhung, die am 1. April in Kraft getreten ist und die eine weitere Belastung der arbeitenden Massen sei. Damit habe der Besitzbürgerblock trotz aller Mahnungen das erste große Geschenk ausgeteilt. Eine Erhöhung der Zölle werde bald folgen. Die Hauszinssteuer sei die unsozialste Steuer. Alle Beteiligten warten schon auf den fetten Happen, der ihnen mit der Mietspreiserhöhung zugeworfen wird. Die Finanzminister sehen hier ein sehr einfaches Objekt zur Balanzierung ihrer Etats, die Grundbesitzer sparen sich schon auf größere Mehreinnahmen und alle Baustofflieferanten warten schmerzlich auf neuen Gewinn. Auf keinen Fall darf dem Drängen der Hauswirte nachgegeben werden, die alles für sich haben möchten. Wir können die Hauszinssteuer im Augenblick nicht beseitigen, sondern müssen abwarten, bis das angekündigte Rahmengesetz herauskommt.

Abg. **Höllein** (K) beantragt Aufhebung der Hauszinssteuer und fordert weiter, daß die Mieten in bebauten Grundstücken bis Ende 1940 80 Prozent der Friedensmiete nicht überschreiten dürfen. Vom Mietertrag müßten mindestens 20 Prozent unter Kontrolle der Mietervertretungen für ordnungsmäßige Instandsetzung der Wohnungen verwendet werden. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, weil er das Ausgleichsgesetz eine Mischung von Raub und Unterdrückungswillen nennt. Als der Redner sich weiter in Schimpfworten ergeht, wird er zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. Der Redner erhält schließlich noch einen dritten Ordnungsruf, weil er dem Abg. Winnefeld (DV) zurief: „Sie haben ein Brett vor dem Schädel!" Als der Abg. Winnefeld darauf erwiderte: „Sie sind ein Schafskopf!", wird er ebenfalls zur Ordnung gerufen.

Abg. **Schneider**-Berlin (D) bedauert die Erhöhung der Mieten, die ganz ungerechtfertigt sei. Die Saisonbetriebe werden durch die Hauszinssteuer stark belastet, namentlich in den Nord- und Ostseebädern. Dasselbe gilt von den Kur- und Badeorten Bayerns, Württembergs, Badens, Schlesiens und am Rhein. Der Redner beantragt, eine Bestimmung zu treffen, wonach sich bei Saisonbetrieben die Hauszinssteuerpflicht ausschließlich auf den Zeitraum der tatsächlichen Ausnutzung der Gebäude erstrecken soll.

Abg. **Jörissen** (WP) befürwortet eine Entschließung seiner Fraktion, wonach die systematische Beseitigung der Hauszinssteuer damit beginnen soll, daß der für fiskalische Zwecke vorgesehne Teil aufgehoben wird. Gleichzeitig soll der Uebergang in die freie Wohnungswirtschaft erfolgen und ein Bauprogramm mit Rücksicht auf den tatsächlichen Wohnungsbedarf aufgestellt werden. Das Aufkommen aus Hauszinssteuer soll zu 20—30 Prozent durch die Fürsorgeämter zu Mietsbeihilfen verwendet werden.

Abg. **Seiffert** (Völk.) beantragt, die Hauszinssteuer höchstens auf 20 Prozent der Friedensmiete zu bemessen. Sie sollte ausschließlich dem Wohnungsbau zugute kommen.

Sämtliche Aenderungsanträge zur Hauszinssteuer werden abgelehnt. Es bleibt bei der bisherigen Regelung.

Es folgt dann die Beratung des Gesetzentwurfes über die

Verteilung der Biersteueranteile.

Preußischer Ministerpräsident **Braun** wendet sich gegen den Zentrumsabgeordneten von Guérard, der die Haltung des preußischen Ministerpräsidenten in dieser Frage bekämpft habe. Sein Widerspruch richte sich nicht gegen den Finanzausgleich, sondern nur gegen die Bevorzugung der süddeutschen Länder. Wenn jetzt 50 Millionen im Voraus den süddeutschen Ländern zugeführt würden, dann bliebe diese Summe nicht mehr für die anderen Reichsteile verfügbar. Es handele sich also um eine Benachteiligung der übrigen Reichsteile. Der Reichsrat habe die Hilfe für die Grenzgebiete auf 30 Millionen erhöht, davon seien nach Vereinbarung der Regierungsparteien 5 Millionen gestrichen worden. Tatsächlich hätten also die Regierungsparteien an den berechtigten Forderungen Streichungen vorgenommen. Von dem 75 Millionen-Fonds des Jahres 1925 habe Preußen, obwohl es die ganze Wucht des Ruhreinfalles tragen mußte, nur 30 Millionen erhalten. Davon habe es 25 Millionen den betroffenen Gemeinden zugewiesen. Nur 4,3 Millionen seien in die Staatskassen geflossen zur Abgeltung der Schäden Preußens selbst, die nachweislich mehr als 50 Millionen betragen hätten. (Hört, hört, links.) Die preußische Regierung und der Landtag hätten alles getan, was in den engen Grenzen ihrer finanziellen Leistungsmöglichkeit möglich war. Dies werde auch weiter geschehen. Man brauche also Preußen nicht zur Nachahmung des Reichsbeispiels aufzufordern. Wenn Preußen für die 3½ Milliarden Vermögensschäden, die es durch die Erfüllung des Friedensvertrages erlitten habe und die das Reich bisher nur mit 65 Millionen ersetzt habe (Hört, hört links), nur 40 Millionen jährlich abgezahlt bekomme, die jetzt den süddeutschen Staaten zugeschanzt werden sollten, dann würde es in der Lage sein, auch für die besetzten Gebiete mehr zu leisten als bisher. Man sollte sich doch vor Augen halten, daß Preußen das Land sei, das durch den unglücklichen Ausgang des Krieges große Gebiete und kolossales Staatsvermögen verloren habe, daß es also nicht ruhig zusehen könne, wenn anderen Reichsteilen besondere Reservatrechte eingeräumt würden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. **von Guérard** (Z) macht darauf aufmerksam, daß im letzten Nachtragsetat 51 Millionen ausschließlich für die gefährdeten preußischen Gebiete bewilligt worden seien. Die berechtigten Wünsche Bayerns habe man damals zurückgestellt. Von den 75 Millionen, die vor zwei Jahren bewilligt wurden, seien Preußen nicht nur 30 Millionen zugefallen, sondern von den 35 Millionen, die das Reich für seine eigenen Schäden zurückbehalten habe, sei auch noch der größte Teil dem Wohnungsbau in den preußischen besetzten Gebieten zugute gekommen. (Hört! Hört! bei der Mehrheit.) Im übrigen würden die Verluste Preußens durchaus anerkannt.

Preußischer Ministerpräsident **Braun** erwidert, er handele sich um Kriegsschäden, für die das Reich allein aufzukommen hat. Was also den Ländern als Ersatz gegeben wird, kann niemals als ein Vorzug für diese Länder gewertet werden und kann in keiner Weise verglichen werden mit dem, was jetzt den süddeutschen Ländern gegeben werden soll. Diese sollen jetzt übrigens eine dauernde Zuwendung von 40 Millionen jährlich bekommen, während der Schadenersatz für Preußens besetzte Gebiete nur eine einmalige Zuwendung darstellte.

Abg. **von Guérard** (Z) betont, daß er mit dem preußischen Ministerpräsidenten gemeinsam stets für die Wohlfahrt der gefährdeten Gebiete eintrete.

Abg. **Dr. Herz** (S) erklärt, daß man in der Frage, ob die Vorlage verfassungsändernd sei oder nicht, sich genau an den Wortlaut halten müsse, der für die verfassungsmäßige Mehrheit spreche.

Staatssekretär Popitz erklärt, nach Auffassung der Reichsregierung genüge die einfache Mehrheit. 1919 habe man die Höchstüberweisung auch mit einfacher Mehrheit heraufgesetzt. Bayern sei immer steuerschwach in bezug auf direkte Steuern gewesen. Der Staatssekretär teilt mit, daß der Abg. Dr. Kahl sich seiner rechtlichen Auffassung anschließe.

Preußischer Ministerpräsident Braun betont, daß der zitierte Prof. Anschütz sich über diese Frage überhaupt nicht geäußert habe. Der Reichstag habe vor einem Jahre bei einer glänzenden Finanzlage die Summe von 17,2 Millionen für ausreichend gehalten. Wenn in der jetzigen Lage noch 40 Millionen mehr eingesetzt würden, so sei das eben ein verfassungsänderndes Gesetz.

Staatssekretär Popitz erwidert, man dürfe nicht am Wortlaut der Gesetze kleben, sondern müsse Sinn und Wirkung überlegen.

Ministerpräsident Braun entgegnet, man wolle hier eine klare Gesetzesbestimmung nach Gründen politischer Zweckmäßigkeit auslegen.

Abg. **Koenen** (Komm.) lehnt die Vorlage ab.

Die zweite Lesung der Biersteuervorlage wird beendet.

Es findet dann die

dritte Lesung des vorläufigen Finanzausgleiches

statt. — In der Schlußabstimmung wird der vorläufige Finanzausgleich in einfacher Abstimmung mit den Stimmen der Regierungsparteien und des Bayerischen Bauernbundes angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage über die Verteilung der Biersteueranteile. Die Schlußabstimmung ist namentlich. — Die Vorlage wird mit 195 gegen 148 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. — Der Vizepräsident stellt fest, daß die Annahme bei Anwesenheit von mehr als zwei Drittel aller Abgeordneten mit einfacher Mehrheit erfolgt ist.

Darauf wird die

zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes

fortgesetzt. Der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung wird erledigt.

Beschlüsse des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes.

w **Genf**, 1. April. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes hat heute seine Tagung mit Entgegennahme einer durch Geheimrat Feig übermittelten Einladung der Reichsregierung, eine seiner nächsten Tagungen in Berlin abzuhalten, abgeschlossen. Präsident La Fontaine-Frankreich dankte für die Einladung, die den Verwaltungsrat sehr angenehm berührte. Die Entscheidung wurde mit Rücksicht darauf, daß der Verwaltungsrat im Mai anläßlich der Arbeitskonferenz regelmäßig in Genf zusammentritt, verschoben.

Einen breiten Raum in der Schlußsitzung nahm der Antrag der Reichsregierung auf teilweise Einführung der deutschen Sprache durch Stellung von im Arbeitsamt bereits vorhandenen Dolmetschern für die Verhandlungen im Verwaltungsrat und in der Arbeitskonferenz ein. Der Antrag wurde schließlich mit 18 gegen 5 Stimmen bei Enthaltung Spaniens angenommen. Der Regierungsvertreter und der Arbeitgeber Italiens meldeten wiederum grundsätzlich die gleichen Ansprüche für Italien an. Spanien enthielt sich der Stimme, behielt sich aber vor, seine grundsätzliche Stellungnahme gelegentlich der Behandlung des deutschen Antrages auf der nächsten Arbeitskonferenz vorzubringen. Der südafrikanische Arbeitgeber unterstützte Spanien durch die Bemerkung, daß die spanische Sprache für die überseeischen Länder wichtiger sei als die deutsche. Der polnische Regierungsvertreter sieht in dem deutschen Antrag eine vorwiegend politische Frage und gab der Meinung Ausdruck, daß sie vor dem Völkerbund zum Austrag gebracht werden soll. Der zweite Antrag der Reichsregierung auf Lieferung authentischer deutscher Uebersetzungen wurde auf die Maitagung verschoben.

Die heutige Ausgabe umfaßt 16 Seiten.

Europäische Politik und deutscher Katholizismus.

(Zur Zentrumsgeschichte von K. Bachem.)

Von Dr. H. J. Hüffer (Bern).

Die verhängnisvolle Auswirkung der Europa in feindliche Heerhaufen trennenden Politik schwergerüsteter Bündnissysteme und der furchtbare Zusammenbruch der abendländischen Kulturgemeinschaft im Weltkrieg haben die besten Geister Europas nach neuen Ideen und Formen staatlicher Gemeinschaftsarbeit Ausschau halten lassen. Dem übersteigerten Nationalismus der Völker soll der Gedanke politischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt geistiger Schicksalsgemeinschaft des europäischen Kontinents siegreich entgegentreten. Durch internationale Bindungen und Institutionen, Konferenzen und Kongresse auf allen Gebieten menschlicher Betätigung, wird ein Wiederanknüpfen der zerrissenen Fäden und die Herstellung einer gemeinsamen Platiform zum Wiederaufbau unseres Erdteils in die Wege geleitet.

Allerdings sind manche dieser Bemühungen redlichen Willens bereits an den Schwierigkeiten ihrer Ausführung oder dem utopistischen Verkennen realer Möglichkeiten gescheitert. Und andere Bewegungen von weittragender Bedeutung, wie die einst schon von Kant verkündete Völkerbundsidee, kämpfen noch schwer mit alten Anschauungen und hemmenden Prestigefragen. Gerade für den Völkerbund wird es über kurz oder lang zur Lebensfrage werden, ob es ihm nach dem Beitritt Deutschlands endlich gelingt, aus der Krise seiner einseitig aufgebauten Organisation herauszukommen und die Gefahr erneuter Gruppenbildung im letzten Moment zu beseitigen oder wenigstens für wirklich aufbauende politische Arbeit erträglich zu gestalten. Andererseits wächst auch auf wirtschaftlichem Gebiet trotz oder gerade wegen der Auswirkungen der Friedensverträge, die das einheitliche Wirtschaftsleben großer Teile Mittel- und Osteuropas in viele kleine Einzelwirtschaften mit isolierten Machttendenzen und Zollmauern zerrissen haben, langsam die Erkenntnis der europäischen Schicksals- und Schuldnergemeinschaft heran und hilft damit auch auf rein politischem Gebiet manche Wege zu gemeinsamer Arbeit ebnen.

Parallel zu diesen mehr oder weniger offiziellen Versuchen staatlicher Zusammenarbeit in politischen und wirtschaftlichen Fragen laufen wichtige und erfolgversprechende Bemühungen, die von den Führern der christlichen Kirchen ausgehen und auf der Basis gleicher Weltanschauung dem Ziele wahrer Völkerverständigung mit geistigen Kräften zu dienen suchen. Erinnert sei in diesem Rahmen an die Stockholmer Welt-Kirchenkonferenz der protestantischen Kirchen und ihrer Berner Fortsetzung im Herbst 1926, wie auch an die ersten, seit den Tagen Benedikts XV. ständig wiederholten Bestrebungen der Kurie auf Ausgleich und Versöhnung der europäischen Völker. Bei der festen, international organisierten Gliederung der katholischen Kirche und dem wachsenden Einfluß der auf ihrem Boden stehenden den politischen Parteien in vielen europäischen Ländern ist sie wie wenige berufen, den Gedanken der europäischen Kulturgemeinschaft, der ja einstmals im 8. Jahrhundert von ihr ausgegangen ist, erneut beleben und verwirklichen zu helfen. Dabei kommt naturgemäß der programmatischen Einstellung und Tätigkeit der auf katholischen Grundsätzen aufgebauten politischen Parteien besondere Bedeutung zu, umsomehr als sie in einer Reihe europäischer Länder heute innen- und außenpolitisch von wesentlicher oder gar ausschlaggebender Bedeutung sind. Die freundschaftlichen Beziehungen, die unter voller Wahrung der wohlverstandenen Interessen ihrer Länder viele führende katholische Politiker der europäischen Staaten miteinander verbinden, ermöglichen ihnen auf der Basis gleicher Weltanschauung und freundschaftlichen Vertrauens über den Parteirahmen hinaus, Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten ihrer Länder zu wecken und auch dort aufklärend und ausgleichend zu wirken, wo Mißtrauen oder Prestige die Beziehungen von Staat zu Staat noch lähmen. Nicht ohne Grund wird von ernsthaften Politikern auch anderer Lager die „Internationale" des Katholizismus als die einzig wirksame zwischenstaatliche Institution für wahre Verständigung bezeichnet. Sie für den notwendigen Wiederaufbau der europäischen Völkergemeinschaft tatkräftig zu nutzen, sollte ernstliche Pflicht jedes Staatsmannes sein.

Zu den katholischen politischen Parteien, die in dieser Hinsicht von besonderem Interesse sind, gehört unstreitig das deutsche Zentrum, die vielumkämpfte und vielumworbene Partei der Mitte, die in sich alle deutschen Volksschichten und Berufsstände vereinigt. Mit ihrer Politik sozialen Ausgleichs nach innen und friedlicher Verständigung nach außen hat sie die deutsche Regierungspolitik der Nachkriegsjahre maßgebend beeinflußt und ist bei dem internationalen Ansehen von Führern wie Warz u. a. ein bedeutsamer Faktor deutscher, ja europäischer Aufbauarbeit geworden. Bei der Bedeutung dieser Partei, die auf eine 60jährige parlamentarische Betätigung zurücksehen kann, und bei ihrer engen Verknüpfung mit dem katholischen Geistesleben und seinen politischen Strömungen weit über die deutschen Grenzen hinaus, ist es lebhaft zu begrüßen, daß allen denen, die kritisch oder freundlich zu ihr Stellung nehmen wollen, jetzt Gelegenheit geboten wird, das reiche Material aus Vorgeschichte, Entwicklung und Aufstieg des deutschen Zentrums durcharbeiten und vergleichen zu können.

Das ist das große Verdienst, das sich Geheimrat Karl Bachem, der langjährige Zentrumsabgeordnete und Mitverleger der Kölnischen Volkszeitung, durch sein umfangreiches Werk erworben hat, dessen 1. Band soeben erschienen ist. Daß Bachem dabei sich nicht auf reine Zentrumspolitik beschränkt hat, sondern in seinem Werk zugleich die langerwartete Geschichte des durch manigfache Bande mit der europäischen Welt verbundenen deutschen Katholizismus im letzten Jahrhundert vorlegt, machte es für Politiker wie Historiker umso wertvoller. *)

Erfreulicherweise wird gleich einleitend im Anschluß an Ausführungen Professor Lauscher im Preußischen Landtag vom 2. November 1925 die viel erörterte und umstrittene Frage des Verhältnisses der deutschen Katholiken zum Zentrum dahin festgelegt, daß es keine religiösen Pflichten für den Katholiken gibt, sich zur politischen Partei des Zentrums zu bekennen, wie denn auch vom Zentrum als Partei dieser Anspruch nicht erhoben wird: „Denn es gibt keinen Grundsatz der katholischen Kirche, welcher eine bestimmte politische Partei als einzig zulässige bezeichnet, wie ja auch die Kirche keine bestimmte Staatsform vorzieht oder billigt." Etwas anderes aber ist die Notwendigkeit für den deutschen Katholiken sich nur solchen Parteien anzuschließen, die die beste Pflege ihrer Gewissensinteressen und ihrer Religionsgemeinschaft gewährleisten. Und da kann Bachem mit Recht darauf hinweisen, daß erst die Zentrumsbewegung den katholischen Volksteil Deutschlands politisch emanzipiert und mündig gemacht hat.

Nicht weniger wichtig sind sodann die Ausführungen des 1. Kapitels über die Bedeutung und die leitenden Gedanken der gesamten Zentrumsbewegung, in denen er mit Betonung darauf hinweist, daß keine Partei es weniger vertragen kann, von den Grundlagen ihres geschichtlichen Werdegangs losgelöst zu werden als die Zentrumspartei. Die jüngere Generation habe aber nur noch einen dunklen Begriff von dem ursprünglichen Wesen und den gegebenen Aufgaben der Zentrumspartei. Von ihnen

*) Karl Bachem: „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei". Verlag J. P. Bachem, G. m. b. H., Köln 1927.

Kämpfen und Leiden, von ihren alten Führern und den Formern ihres Geistes sei ihr nur wenig bekannt. Es hängt zweifellos damit zusammen, daß nach der Revolution in alten Zentrumskreisen, insbesondere Süd- und Westdeutschlands, das Gefühl des Aufgebens alter Ideale und Programmpunkte, so wie sie z. B. auf den Soester Konferenzen (1864—66) im ersten Zentrumsprogramm von der Hand Alfred Hüffers formuliert wurden, entstehen und starkes Unbehagen erzeugen konnte. Daß dabei u. a. die Frage einer stärkeren Betonung des Zentralismus zu der Abtrennung der Bayrischen Volkspartei und damit zu einer Schwächung der katholischen Aktionskraft geführt hat, ist gleichfalls genügend bekannt. Allerdings dürfte auch hier das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

In den folgenden Kapiteln des ersten Bandes erhalten wir eine anschauliche und reich dokumentierte Schilderung der kirchenpolitischen Lage des deutschen Katholizismus nach dem verhängnisvollen und jedem Rechtsgefühl hohnsprechenden Eingriff der Säkularisation und sehen dann die nur selten geglückten Versuche eines gerechten Ausgleichs zwischen Kirche und Staat in Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen bis zum Jahre 1848 an uns vorüberziehen. Von besonderem Reiz sind daneben die Schilderungen des kulturellen Aufschwungs des deutschen Katholizismus in der Zeit des Klassizismus und der Romantik auf den Gebieten von Literatur, Kunst und Wissenschaft, nicht zuletzt aber auch für die Ausgestaltung moderner christlicher Charitas.

Wenn man bei der Fülle des Stoffes vielleicht auch in Einzelheiten (so z. B. bei der Beurteilung des Historikers Rotteck) nicht immer mit dem Verfasser einig gehen wird, so wird man dankbar feststellen müssen, daß K. Bachem schon im ersten Band des auf 8 Bände berechneten Werkes ein gewaltiges, für die deutsche wie die europäische Geistesgeschichte gleich wertvolles Material zusammengetragen und verarbeitet hat. Es ist nur dringend zu wünschen, daß es dem unermüdlichen Forscher recht bald gelingt, auch die folgenden Bände herauszubringen und ihnen — wenn möglich — noch eine kurzgefaßte einbändige Volksausgabe zur weitesten Verbreitung anzuschließen.

Der Stresemann-Prozeß in Plauen.

tu **Plauen**, 1. April. Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Stresemann Prozeß wurde der Gerichtsbeschluß mitgeteilt, die Ladung der drei Leumundszeugen für Knoll abzulehnen. Es wurde dann in der Zeugenvernehmung fortgefahren, zunächst wurde als Zeuge Oberleutnant a. D. Petrich-Berlin vernommen, der von 1920 bis 1921 etwa zwei Monate in Königsberg zur Vertretung beim Reichsbeauftragten war. In dieser Zeit gab es zwei Fälle, in denen einmal in Berlin, das andere Mal von Schneidemühl aus telegraphiert wurde, daß zwei Schrotsendungen angehalten werden sollten. Die eine stammte von Schweitzer und Oppler, die andere von der Evaporator. Er versuchte sogleich, die Angelegenheit nachzuprüfen. Beide Sendungen hätten aber das Weichbild von Königsberg nicht erreicht. Während dieser Zeit traf der Zeuge in Königsberg einmal mit Knoll zusammen und erzählte ihm von diesen Dingen. Knoll sagte dazu, daß auch wohl etwas anderes in den Waggons gewesen sei und richtete dann heftige Angriffe gegen die Firma Schweitzer und Oppler. Während des oberschlesischen Aufstandes, an dem der Zeuge teilgenommen hat, will er dann erfahren haben, daß von den Polen mit deutscher Munition und mit deutschen Waffen gearbeitet worden sei. Weiter erklärt der Zeuge, es habe sich durchaus nicht um Schrotsendungen oder gar Kriegsmaterialsendungen gehandelt.

Zeuge Direktor Müller bekundet, zwischen der Evaporator und Schweitzer und Oppler habe eine regelmäßige Geschäftsverbindung bestanden. Eine Lüerung habe nicht stattgefunden. Seiner Erinnerung nach sei das Geschäft mit der italienischen Munition tatsächlich über die Firma Paul Litwin gemacht worden. Beider weiteren Vernehmung des Zeugen Müller weist der Angeklagte Müller darauf hin, daß bei der Devisenangelegenheit der Aufsichtsrat der Evaporator auf den Bericht des damaligen Direktors Müller nicht eingegangen sei. Der Aufsichtsrat habe sich also, so fährt der Angeklagte fort, bedingungslos auf die Seite des „Devisenschiebers" Litwin gestellt. Der Vorsitzende erklärt, der Ausdruck „Devisenschieber" sei hier nicht angebracht und lehnt eine weitere Debatte über diese Dinge ab, da ja das Verfahren wegen Devisenvergehen eingestellt worden sei. Der Zeuge Müller erklärt weiter, daß Litwin nach seiner Kenntnis bei der Gründung der Evaporator nur etwa 50 000 Mark besessen hätte. Demgegenüber stellte Litwin fest, daß er schon im Alter von 33 Jahren ein Vermögen von 4,5 Millionen Rubel besessen habe. Die Evaporator hätte er nur gegründet, um überhaupt eine Beschäftigung zu haben. Müller betonte dann, daß tatsächlich Stresemann selbst und nicht die Volkspartei von Litwin Gelder erhalten habe. Litwin stellte fest, daß er bereit 14 Tage nach der Gründung der Deutschen Volkspartei Mitglied der Partei gewesen sei. Die frühere Hausdame Litwins, Frau Wronka bekundete, daß ihr einst Litwin erzählt habe, daß Stresemann die Volkspartei mit seinem Gelde gegründet habe. Der Angeklagte richtete an die Zeugin die Frage, ob ihr Litwin auch von seiner politischen Mission bei Poincaré erzählt habe. Rechtsanwalt Dr. Kunz und der Staatsanwalt beanstandeten diese Fragen und verlangten für ihre Beantwortung den Ausschluß der Oeffentlichkeit, was jedoch das Gericht ablehnte.

Deutsches Reich

Rheinischer Nachmittag im Reichskanzlerpalais.

w **Berlin**, 1. April. (Tel.) Aus Anlaß des Scheidens des hessischen Gesandten Exzellenz Freiherrn von Biegeleben fand heute nachmittag im Reichskanzlerpalais ein Presse-Empfang statt, der dem dankbaren Gedenken des gesamten Deutschlands für das besetzte westliche Gebiet galt. Im Auftrage des Hessenlandes überbrachte der Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Dr. Külb, den Dank und die Grüße des besetzten Gebiets. Aus dem besetzten Gebiet selbst waren zahlreiche führende Persönlichkeiten erschienen, ferner nahmen an der Veranstaltung mehrere Mitglieder der Reichsregierung, darunter Reichskanzler Marx mit seiner Familie, führende Reichstagsabgeordnete, Vertreter der Bank- und Industriewelt, sowie leitende Männer des Reichslandbundes und der rheinischen Verbände teil.

Uebersicht über die Reichseinnahmen- und -Ausgaben in den Monaten April 1926 bis Februar 1927.

w **Berlin**, 31. März. Im ordentlichen Haushalt betrugen die Einnahmen von April 1926 bis Januar 1927: 6405,8, im Februar 1927: 599,5, das sind zusammen 7005,3 Millionen RM., die Ausgaben 6287,7 bezw. 634,0 bezw. 6921,7 Millionen Reichsmark. Im außerordentlichen Haushalt betrugen die Einnahmen 1,6 bezw. 0 bezw. 1,6 Millionen RM., die Ausgaben 502,5 bezw. 16,3 bezw. 518,8 Millionen RM. Nachträgliche Einnahmen und Ausgaben zu Lasten des Rechnungsjahres 1925: Einnahmen 48,7 bezw. 0, bezw. 48,7 Millionen Reichsmark, Ausgaben 391,0 bezw. 9,9, bezw. 400,9 Millionen Reichsmark.

Fürst Bismarck tritt in den diplomatischen Dienst ein.

tu **Berlin**, 1. April. Die Nachricht von dem Übertritt des deutschnationalen Abgeordneten Fürst Bismarck in den diplomatischen Dienst wird bestätigt. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist es selbstverständlich, daß Fürst Bismarck von dem Zeitpunkt ab, an welchem er seinen neuen Dienst übernimmt, seine parlamentarische Tätigkeit ruhen lassen wird.

Überfall auf den Chefredakteur des „Rul".

b **Berlin**, 1. April. Gestern nachmittag drangen drei ehemalige russische Offiziere in die Redaktion der in Berlin erscheinenden russisch-demokratischen Zeitung „Rul" in der Zimmerstraße ein, verlangten den Chefredakteur Dr. Hessen zu sprechen und stürzten sich, als er sie empfing, mit schweren Eisenstöcken auf ihn. Dem Eingreifen zweier Redakteure gelang es, den Bedrängten zu befreien. Die Eindringlinge warfen jetzt einige Schreibtische um und entkamen unerkannt.

Die Reitervereine im besetzten Gebiet.

w **Mainz**, 1. April. Der Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission hat an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete ein Schreiben gerichtet, in welchem zunächst auf die allgemeine Entwicklung der Reitervereine im besetzten Gebiet namentlich in der Pfalz und im Norden der besetzten Gebiete hingewiesen wird. Es heißt dann weiter: „Es besteht Anlaß zu dem Bemerken, daß die Betätigung dieser Vereinigungen im Pferdesport und Reitunterricht entgegen den Beschlüssen der Rheinlandkommission und den vor der deutschen Regierung eingegangenen Verpflichtungen das bestimmte Ziel der militärischen Ausbildung verfolgt." Man kann feststellen, daß in den Orten, in denen ein Reiterverein besteht, Ausbildungsübungen stattfinden, auf zu diesem Zwecke hergerichteten Geländen, die entweder Privatpersonen oder Gemeinden oder dem Reich gehören. Das Schreiben schließt, daß der Präsident die Aufmerksamkeit des Reichskommissars auf diese Neubildung bezw. Reorganisierung von Reitervereinen lenken wolle, die geeignet seien, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden.

Aussprache im Saar-Landesrat über die Genfer Beschlüsse.

Saarbrücken, 31. März. In der heutigen Sitzung des Landesrats nahmen die Parteien Stellung zu den Genfer Beschlüssen über das Saargebiet. Wenn auch keiner der Redner die Ergebnisse voll befriedigend nannte, so wurde doch anerkannt, daß alles erreicht worden sei, was im Rahmen des Möglichen zu erreichen gewesen sei, und daß das Kompromiß über die Bahnschutztruppe von 800 Mann ein Fortschritt sei gegenüber der Tatsache, daß bisher im Saargebiet ca. 3000 Mann französischer Soldaten standen. Volle Übereinstimmung herrschte auch in dem Bedauern darüber, daß in der Frage der Ablösung des belgischen Mitgliedes der Regierungskommission, Lambert, nichts erreicht worden sei. Der zweite Teil der Sitzung war einer Aussprache über die wirtschaftliche Notlage des Saargebiete gewidmet. Lohn- und Gehaltsabbau im Verein mit schlechter wirtschaftlicher Konjunktur und einer Steuerbelastung, die höher ist, als im Reiche, bedrohen nach den Ausführungen aller Redner, das Saargebiet mit einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe, die nur durch Erleichterungen in der sozialen Gesetzgebung abgewandt werden könne, wobei die von der Regierung in Aussicht gestellte Erleichterung der Lohnsteuerbelastung als nur eine der von der Regierung zu ergreifenden reformer v. Nostiz vertreten.

Englische Blockade gegen China?

tu **London**, 1. April. Ueber die heutige Kabinettssitzung wird in Londoner Regierungskreisen größtes Stillschweigen bewahrt. Die Abendblätter ergehen sich daher in vielen Mutmaßungen. Nach den „Daily News" soll in der Kabinettssitzung auch die Frage einer Blockade Chinas erörtert worden sein. Der „Star" schreibt, es müsse vorerst unter den China interessierten Mächten über das Ranking-Ultimatum Einigkeit erzielt werden. Die heutige Kabinettssitzung soll sich auch für weitere China-Verstärkungen ausgesprochen haben.

Der japanische Gesandte in Peking hat, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" aus Schanghai meldet, den Vorschlag gemacht, eine internationale Untersuchungskommission nach Ranking zu schicken.

Amerika behält sich volle Handlungsfreiheit in China vor.

tu **Newyork**, 2. April. Gegenüber den Londoner Meldungen, wonach zwischen den Kabinetten Amerikas, Englands, Japans und Frankreichs Verhandlungen über einen gemeinsamen Schritt in China stattfinden, veröffentlicht das Staatsdepartement und später auch das Weiße Haus eine Erklärung, in der gesagt wird, Amerika ergreife alle notwendigen Schritte zum Schutze des amerikanischen Lebens und Eigentums. Die Marinestreitkräfte seien den Anforderungen des Admirals Williams entsprechend verstärkt worden. Amerikas Vertreter in China arbeiten mit den Vertretern der anderen Mächte zusammen, wenn gemeinsame Fragen zu klären seien.

Die amerikanischen Blätter kommentieren diese amtliche Auslassung dahin, daß sich Amerika volle Handlungsfreiheit vorbehalte, selbst bei Entscheidungen von lokaler Bedeutung müssen sich die amerikanischen Vertreter erst die Zustimmung Washingtons einholen. Die Blätter betonen, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen an Aktionen teilnehmen werden, die über den Schutz des amerikanischen Lebens und Eigentums hinausgehen.

Das amerikanische Staatsdepartement hat in einer weiteren Erklärung bekanntgegeben, daß die amerikanischen Residenten in Schanghai nicht angewiesen worden seien, die Stadt zu verlassen.

Der Adriakonflikt.

w **Paris**, 1. April. Die Havasagentur veröffentlicht die halbamtliche Mitteilung: Die südslawische Regierung habe in Paris, Berlin und London versichern lassen, daß sie geneigt sei, mit der italienischen Regierung in Verhandlungen über die Gesamtheiten der Schwierigkeiten, die zwischen den beiden Mächten bestehen könnten, einzutreten. Diese Versicherungen der südslawischen Regierung würden Rom übermittelt werden.

Hartnäckige Haltung Italiens.

tu **Rom**, 1. April. In einer offenbar inspirierten Note lehnt heute das „Giornale d'Italia" die letzten französischen Vorschläge zur Beilegung des Adria-Konfliktes ab. Das Blatt schreibt, es sei eine Verdrehung der Tatsachen, von italienisch-jugoslawischen Konfliktsmöglichkeiten zu sprechen. Die Konfliktssphäre sei allein die jugoslawisch-albanische Grenze und nicht eine italienische und jugoslawische Militärkontrolle. Diese müßte Italien für sich als Eingriff in seine Souveränität glatt ablehnen. Ebenso dürfte nicht der Vertrag von Tirana in die Debatte einbezogen werden, nachdem der Völkerbund über den Inhalt dieses Vertrages informiert worden sei. Dagegen müsse Belgrad endlich den Mettino-Vertrag ratifizieren. Italien werde nicht dulden, daß Albaniens Unabhängigkeit durch die Intrigen anderer Staaten bedroht werde.

Aus aller Welt.

Geheimnisvoller Brand im englischen Militärarsenal.

‡ **London**, 1. April. (Tel.) In der Zeugabteilung des englischen Militärarsenals von Woolwich brach gestern in einem Gebäude, in dem Gasmasken für das englische Expeditionskorps in China angefertigt werden, ein geheimnisvoller Brand aus. Das Gebäude liegt an der Plamstead-Seite des Arsenals, wo tausende von hochexplosiven Granaten und andere Sprengstoffe sowie Chemikalien aufgespeichert sind. Mehr als 50 Feuerspritzen aus allen Teilen Londons rückten zur Bekämpfung des Brandes an. Nach zweistündiger Tätigkeit der Feuerwehr konnte das Feuer lokalisiert werden. Die hochaufschlagenden Flammen hatten große Menschenmengen nach der Brandstätte gelockt, so daß umfangreiche Absperrungen vorgenommen werden mußten. Über die Ursache des Feuers wird von der Leitung des Arsenals strengstes Stillschweigen bewahrt.

Die Militärvorlagen im tschechoslowakischen Abgeordnetenhause angenommen.

tu **Prag**, 31. März. (Tel.) Gestern abend wurden im Abgeordnetenhause die Militärvorlagen von der Regierungsmehrheit in der Form der Regierungsvorlage genehmigt. Da alle Abänderungsanträge niedergestimmt wurden, kam es zu großen Tumultszenen, die sich hauptsächlich gegen die Christlich-Sozialen richteten.

Zu Beginn der gestrigen Heeres-Debatte führte Abgeordneter Zierhut im Namen der im Deutschen-Verband vereinigten Parteien, also der Regierungsparteien, in einer Erklärung aus: Die deutschen Parteien hätten durch ihren Eintritt in die Regierung vor aller Welt der Ansicht der Mehrheit des Sudetendeutschtums Ausdruck gegeben. Es sei verfehlt, in den Wehrvorlagen Angriffsabsichten gegen irgendwelche Nachbarn zu sehen. Daß durch diese Wehrvorlage das freundnachbarliche Verhältnis zu unseren Nachbarn, besonders zum Deutschen Reiche, in keiner Weise berührt werden dürfe, sei für uns eine selbstverständliche Voraussetzung. Die Antrittsrede des neuen tschechischen Gesandten in Berlin gebe diesen Tatsachen einen beredten Ausdruck. Sodann kritisierte der Abgeordnete der Deutschen Nationalpartei, Dr. Scholich, das Verhalten der deutschen Regierungsparteien, die früher die tschechischen Rüstungen bekämpft hätten. Die Stellungnahme der Deutschen Regierungsparteien sei besonders deshalb unbegreiflich, da gerade jetzt offen zutage trete, daß die Tschechoslowakei mit ihrem Rüsten deutsch-feindliche Zwecke verfolge. Der tschechoslowakische Berichterstatter der Wehrvorlagen habe ausdrücklich erklärt, er werde nichts von seinen deutschfeindlichen Worten zurücknehmen, und es sei selbstverständlich, daß der tschechische Generalstab einen Operationsplan nur gegen Deutschland, Österreich und Ungarn aufstellen könne. Es sei die Frage, ob die Politik der deutschen Regierungsparteien unter solchen Umständen noch die Billigung der maßgebenden Regierungsstellen im Reiche besäße. Deutschland werde es nicht verstehen, wenn Deutsche an der Schaffung eines Kriegsinstrumentes gegen Deutschland mitwirkten. Ohne die deutschen Stimmen wäre die Annahme dieser militärischen Vorlagen ausgeschlossen.

Entschädigung der montenegrinischen Dynastie.

w **Belgrad**, 31. März. In der heutigen Sitzung der Skuptschina wurde der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, der die Regierung ermächtigt, der früheren montenegrinischen Dynastie ihren Grundbesitz zurückzuerstatten und den Mitgliedern der montenegrinischen Dynastie 42 Millionen Dinar als Entschädigung auszuzahlen, mit 156 gegen 126 Stimmen angenommen.

Aus der Stadt.

Münster, 3. April.

● Ihren achtzigsten Geburtstag feierte gestern Frau Witwe August Lange, Dammstraße 1, in geistiger und körperlicher Frische. Die alte Dame liest noch täglich den „Münsterischen Anzeiger", den sie schon über 50 Jahre hält.

+ Aus der Herz-Jesu-Pfarre. Für die Jungmänner der Pfarre wird am Montag, Dienstag und Freitag (4., 5. und 8. April) ein Ehekursus abgehalten. Die Vorträge finden statt im Saale des Kettelerheimes, Schillerstraße. Als Redner sind gewonnen Pfarrer Druffel, Pater Dr. Chrysostomus Schulte und praktischer Arzt Dr. Kösters. Alle Jungmänner, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sind zu dieser wichtigen Veranstaltung sehr eingeladen.

✤ Märchenspiel im Gertrudenhof. Tausend und abertausend Münsteraner sind vor vielen, vielen Jahren zum Zentralhof gewandert und haben dort mit glühenden Wangen die Gestalten ihrer Märchenträume lebendig werden sehen, Rotkäppchen und Dornröschen und Hänsel und Gretel und die böse Hexe. Die Märchenbühne im Zentralhof ist nicht mehr. Die Könige und Prinzessinnen, Hexen, Elfen und Zwerge haben in Münster lange nicht mehr zur aufmerksamen Kindergemeinde gesprochen. Nur in den Erzählungen blieben sie lebendig, bleiben die Grimmschen Märchen immer Allgemeingut der deutschen Jugend. Doch gemach! Hänsel und Gretel wollen auch wieder einmal in Person Münsters jüngste Generation erfreuen. Sie werden am Mittwoch, den 6. April, nachm. 4 Uhr im Gertrudenhof recht vielen Kindern sonnige Märchenstimmung schenken. Es ist gewiß, daß alle Eltern, die einst mit jauchzendem Herzen zum Märchenspiel im Zentralhof eilten, ihre Kinder Mittwoch zum Gertrudenhof schicken, und, wenn ihre Zeit es erlaubt, auch selbst kommen, mit grauen Haaren vielleicht, aber mit jungem Herzen.

⊃ Mittwoch beginnt Sarrasani in Münster! Das langerwartete Sarrasani-Gastspiel in Münster wird am Mittwoch, den 6. April, pünktlich 7,30 Uhr mit einer Festvorstellung eröffnet werden. Von Sarrasanis verschiedenen Winterquartieren her ist bereits in gewaltigen Autolastzügen das Material in der Halle Münsterland angerollt worden. Allgemein wird die unvergleichliche technische Organisation des Sarrasanibetriebes bewundert, kraft deren es möglich ist, einen Riesenapparat innerhalb ganz kurzer Zeit von einer Stadt in die andere zu überführen. Anläßlich des Berliner Sarrasanigastspiels haben technische Sachverständige aus aller Welt den Aufbau und die Organisation der Sarrasani-Schau studiert, um darüber in ihren heimatlichen Fachblättern zu berichten. Die Achtung vor deutschen Leistungen wird durch Sarrasanis kühne Initiative im Auslande immer mehr gesteigert. In Münster wird Sarrasani sein schnell weltberühmt gewordenes Berliner Festprogramm zeigen. Die Vertreter von 37 Nationen werden in der Arena erscheinen, Scharen dressierter Tiere, die besten Artisten aller Länder, die klassische Elefantenherde (von Direktor Stosch-Sarrasani persönlich vorgeführt), der Indianerhäuptling „Große Schlange" mit seinen Kriegern. Für die Ankunft der Extrazüge Sarrasanis mit den exotischen Menschen und Tieren gibt sich in Münster bereits lebhaftes Interesse kund. Wir werden unseren Lesern rechtzeitig Kenntnis von dem Einzug der bunten Schar geben. Es sei nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Sarrasanis Gastspiel in Münster auf keinen Fall länger als bis zum 10. April dauern wird.

⊃ Raubüberfall auf einen Kassenboten. Berlin, 2. April. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Karlsruhe wurde gestern mittag ein Bote der Cellulosefabrik Maxau in der Nähe der Fabrik von zwei Burschen niedergeschlagen, die ihm eine Ledertasche mit 21 000 Mark Lohngeldern entrissen. In der Nähe beschäftigte Männer nahmen die Verfolgung der Täter auf. Diese schossen auf die Verfolger, ohne jemanden zu treffen, und entkamen mit der Beute. Der Bote ist nur leicht verletzt.

Besserung der Lage des örtlichen Arbeitsmarktes.

Der öffentliche Arbeitsnachweis für Stadt- und Landkreis Münster, Zentralhof, Rothenburg Nr. 5/6, teilt uns mit:

In den letzten Wochen wirkte sich die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage, namentlich, nachdem auch die der Jahreszeit entsprechende Belebung der Konjunktur einsetzte, auch auf die Lage des Arbeitsmarktes aus. Besonders auffallend war der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Landkreis, jedoch auch im Stadtkreis ging sie in bemerkenswertem Umfang zurück. Im einzelnen fällt auf, daß der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften aller Art, Viehwärtern, Knechten, Burschen, Mägden in diesem Jahre erheblich größer als im Vorjahre ist. Es ist zum Teil schon ein Mangel an gelernten Kräften (namentlich weiblichen) festzustellen. Die verhältnismäßig günstige Witterung bewirkte auch eine lebhafte Nachfrage nach Gartenarbeitern. Im metallverarbeitenden Gewerbe war eine leichte Belebung des Beschäftigungsgrades festzustellen. Die Neueinstellungen von Arbeitskräften überwogen die immer noch vorkommenden Abbaumaßnahmen. Im Spinnstoffgewerbe waren die Betriebe zum Teil sehr gut beschäftigt, so daß mit Neueinstellungen zu rechnen ist. Auch im Holzgewerbe war eine merkliche Besserung festzustellen. Im Bekleidungsgewerbe setzte die Saison ziemlich lebhaft ein. Die Nachfrage nach Schneidern namentlich auch aus dem Münsterlande, war beträchtlich. Im Baugewerbe war eine Zunahme der Bautätigkeit, die mit Abnahme der Arbeitslosigkeit Hand in Hand ging, festzustellen. Die Zahl der verfügbaren Fachkräfte ging auf etwa die Hälfte zurück. Besonders bemerkenswert war die Belebung im Maler- und Anstreichergewerbe. Die starke Nachfrage kann, soweit es sich um Besetzung auswärtiger Stellen handelt, zum Teil nur noch mit Mühe befriedigt werden. Im Gastwirtsgewerbe war der Bedarf sowohl an ständigen wie in Aushilfskräften vorläufig noch gering.

Für Ungelernte war die Lage ziemlich unverändert ungünstig. Weibliche Arbeitskräfte waren außer für landwirtschaftliche auch für hauswirtschaftliche Stellen stärker gesucht. Erfahrene Kräfte boten sich nur ungenügend an. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Frauen war nur unerheblich.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Stadt- und Landkreis Münster beträgt noch etwa 2000.

= Feinde der Vogelwelt. Während andere sich an dem herrlichen Frühlingssang der heimgekehrten Vogelwelt ergötzen, betreiben im Schloßgarten seit einiger Zeit zwei Schüler ein verurteilenswertes Handwerk, indem sie mit einer sog. Schleuder den Singvögeln nachstellen. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die armen Tierchen durch die „Geschosse" gleich getötet werden, so werden sie aber bestimmt dadurch aus dem Schloßgarten verscheucht. Und das namentlich jetzt, wo alles mit dem Bauen der Nester beginnt. Es ist zu bedauern, daß die genannten „Schützen" so wenig Herz und Sinn für die Erhaltung der heimischen Vogelwelt haben. Sie könnten ihre vielen Freistunden jedenfalls nutzbringender verleben.

Theater der Stadt Münster.

Der Fußballkönig.

Münster, 2. April.

Trotzdem spielten die Darsteller mit humorvollem Eifer, Pape, Gabebusch, Bonney, Weichert, Rey, Auerbach und Hartwig. Und trotzdem gab das Publikum, unbeschwert von Geist und Witz, dankbaren Beifall. rpr.

Arbeitslos.

Von Herta Pohl-Krappitz.

Unter fröhlichen Musikklängen bewegt sich der Kinderfestzug über den sonnigen Marktplatz. Die kleinen Buben marschieren stramm und blicken stolz auf ihre wehenden Fähnchen. In steif abstehenden weißen Kleidern trippeln die Mädchen hinterdrein. An den Straßenecken und Haustüren stehen die Angehörigen der Kleinen und winken lächelnd.

Als der Zug um die Ringecke biegt, huscht eine ärmlich gekleidete Frau, die einen Wäschekorb trägt, in die Tür des nächsten Hauses. Auch dort stehen Leute. Sie halten die Elende auf. „Na, nu, Frau Berger, wollen sie nicht den Festzug ansehen? Ihr Lenchen ist doch auch dabei." Die Angeredete schüttelt scheu den Kopf. „Sie ist mir krank geworden", murmelt sie. Ohne sich aufzuhalten, geht sie durch den Flur und tritt in ein dürftig eingerichtetes Zimmer.

Am Fenster hockt ein blondes Mädchen und schaut mit großen traurigen Augen auf den Festzug. Die Mutter winkt ängstlich der Kleinen zu. „Rasch weg vom Fenster, Lenchen! Sie könnten dich sehen! Ich hab doch dem Lehrer gesagt, daß du krank im Bett liegst. Wir brauchen nicht jedem auf die Nase zu binden, daß du kein Sonntagskleid hast."

Das Kind hat sich zögernd abgewendet. „Mutter, wann bekomme ich denn das neue Kleid?" fragt es nach einer Weile leise.

„Ich weiß nicht. Vielleicht, wenn Vater wieder Arbeit hat."

„Dauert das noch lange?"

Die Mutter schweigt. Sie wendet sich ab und macht sich mit den Wäschestücken zu tun. Das Kind schleicht ihr nach.

„Mutter", fängt es wieder an. „Unten die Frau Klatt hat gesagt: Arbeitslos sein und krank sein ist das Schlimmste für arme Leute. — — Ist das — wahr?"

„Ja, das ist wahr." Die Mutter sagt es dumpf. Mit einem Seufzer deckt sie die rissige Hand über die Augen ihres Kindes. Sie hat darin die erste Lebensangst aufflackern sehen . . .

Ostern entgegen.

Zu einer Übertragung der österlichen Ansprachen des hl. Zeno von Verona.

Jahr für Jahr läßt der Ostertag die Auferstehung des Herrn im Sinnbild und in der geheimnisgroßen Wirklichkeit des Mysteriums erstehen unter uns. Er ist die Sonne, von der alle anderen Tage ihr übernatürliches Licht und ihre Verklärung über alles Leid und alle Not des Einzelnen und der Zeit hinweg empfangen. Ostern, das ist der Anfang und bis an das Ende der Zeiten die mystische Umwandlung und Wiedergeburt des Menschen und der Schöpfung zum neuen Leben, zum neuen Himmel und zur neuen Erde.

Unsere Zeit dürstet nach dem Becher dieser Mysterien, der den Geist zu „nüchterner Trunkenheit" entzündet und ihn in ihr zu jenem Glauben gewillt macht, der nach den großen Worten der hl. Taufe das ewige Leben gewährt. Aber sie trinkt in ihrem Durste nur zu oft lieber den trüben Wein dieser oder jener Schwärmerei und trügerischen Gnosis, weil sie so unsicher geworden ist in ihrer Wahl. Um so mehr muß man sich über jede Hilfe zu einer tieferen wesensgerechten Auffassung des übernatürlichen Gnadenlebens freuen. Eine solche Hilfe bieten, selten eindringlich durch Tiefe und Schönheit, die soeben erscheinenden Österlichen Ansprachen des hl. Zeno von Verona, die P. Thomas Micheis O. S. B. in sprachmächtiger Übersetzung darbietet.* In kurzen, hymnisch gehobenen Ansprachen spricht hier der altchristliche Bischof — Zeno war von 362 bis etwa 480 Bischof von Verona — zu den Gläubigen seiner Kirche, vor allem zu ihren neugetauften Gliedern. Die Ansprachen sind in den gnadenvollen Tagen der Ostern gehalten und künden „von der Feier der Wiedergeburt zu einem neuen Leben der Gnade durch die Mysterienweihe der Osternacht", die hl. Taufe. „Taufe, Firmung, Eucharistie, der Dreiklang der Osternacht, Auferstehung, Unsterblichkeit, ewiges Leben: das sind die Heilsgeheimnisse des Glaubens und der Kirche, die der Bischof der Frühzeit in tiefer Gedankenfülle, in erlesenem Wort seiner Gemeinde dargeboten hat. Aber nicht nur ihr, sondern auch uns. Was die Kirche an Ewigem hat, das hat sie für alle Völker und Zeiten", mit diesen Worten der Einleitung des Übersetzers ist die Bedeutung des Buches am besten gekennzeichnet.

Wir sind nicht eben arm an Väterübersetzungen, aber wir sind sehr arm an sprachlich übertragenden Übersetzungen aus den vielfach so sprachgewaltigen Schriften der Väter. Die vorliegende Übertragung ist — das macht ihre ungewöhnliche Bedeutung aus — in dieser Hinsicht schlechthin bahnbrechend. Sie hat die Kunstprosa des hl. Zeno im Deutschen bis in ihre rhythmischen Feinheiten in einer bewunderungswürdigen und meisterlichen Weise nachgebildet. Gewiß mag auf den ersten Eindruck manche Wendung und manches Satzgefüge gezwungen und befremdlich wirken, aber wer sich die einzelnen Ansprachen einmal laut vorliest, anstatt mit dem flüchtigen Auge darüber hinzueilen, dem wird die Bildkraft und rhythmische Stärke dieses Deutsch so stark zum Eindruck werden, daß er an fraglichen Stellen nicht hängen bleiben wird. Eine Probe möge dies Urteil erhärten.

Die achte der An Ostern überschriebenen Ansprachen lautet:

„In strahlender Umfahrt nimmt die Wiege der heilige Tag. In des Weltwerks abgewogenem Umlauf fährt er dahin auf dem von den vier Rennern gezogenen Wagen der Zeiten, reich durch den zu zwölf Malen immer kreisenden Wechsel der Monde, nie durch einen Rastort gehalten: denn Unsterblichkeit ist sein Lauf. Gewiß ist: er fährt. Ob er zurückfährt, wer will es wissen? Was er verfahren, bleibt ihm zur Rückkehr. Wahrhaft wunderbare Erscheinung! Ungezählter Weiten verschiedene Zeitspannen nach Maß durchmessend wechselt er. Und fährt doch immer nur die eine in ihrem Umlauf gleiche Bahn.

Er mahnt uns, Brüder, des Leidens und der Auferstehung des Herrn heilsgesegnete Mysterien einmütig, herzeinig zu begehen. Durch unseren Herrn Jesus Christus."

In unserer Zeit ist — wenigstens in Deutschland — gerade aus künstlerisch empfindenden Kreisen gegen die Kirche der Vorwurf mehr als eine solche Berichtigung entkräftet, indem sie die so wenig auf die Würde des menschlichen Wortes achte. Es ist hier nicht die Gelegenheit, diesen Vorwurf zu berichtigen. Aber man darf sagen, daß eine Übertragung wie die vorliegende diesen Vorwurf mehr als eine solche Berichtigung entkräftes, indem sie die Würde des sprachlichen Wortes bezeugt. Nicht umsonst ja ist das menschliche Wort die Bezeichnung und das Abbild des göttlichen!

Mögen die Österlichen Ansprachen viele und aufmerksame Leser finden. Sie haben einen Anspruch darauf. Mit Recht steht am Schlusse des Buches jenes Wort aus der Regel des hl. Benedikt, das den Sinn der hl. Fasten so tief bestimmt als ein „Mit der Freude geistlicher Sehnsucht das hl. Ostern Erwarten." Hierauf die Herzen zu lenken, das ist die Bedeutung dieser Österlichen Ansprachen auch für unsere Zeit.

Gottfried Hasenkamp.

* Des heiligen Zeno von Verona Österliche Ansprachen, übertragen und mit Einführung und Anmerkungen versehen von Thomas Micheis, Mönch der Abtei Maria Laach, St. Augustinusverlag Berlin SW 11, in Ganzl. 5.— RM.

[Der C. V., Cartellverband der katholischen farbentragenden deutschen Studentenverbindungen] zählt nach einer in der Academia Nr. 10 von 1927 gegebenen Übersicht am 1. Dezember 1926 in den 114 Verbindungen insgesamt 6836 Studierende. Aktiv sind 2840, Konkneipanten 86, im Winterhalbjahr neu eingetreten sind 329. Die Verteilung nach Fakultäten ergibt folgendes Bild: Es studieren Theologie 264, Rechtswissenschaft 1923, Staatswissenschaft 375, Handelswissenschaft 187, Heilkunde 888, Zahnheilkunde 61, Tierheilkunde 94, Pharmazeutik 67, Philosophie und Philologie 565, Naturwissenschaft 54, Mathematik 82, Chemie 150, Kunstgeschichte und Musik 10, Ingenieurfach 394, Technik 95, Baukunde 99, Elektrizität 108, Maschinenfach 255, Schiffsbaukunde 8, Bergwissenschaft 84, Landwirtschaft 132, Forstwissenschaft 56 und Hüttenfach 46. Die größte Anzahl von Studierenden hat Austria (Innsbruck) mit 156, es folgen Aenania (München) mit 131, Hercynia (Freiburg i. B.) mit 130, Vindelicia (München) mit 120, Aquaria (Freiburg i. B.) und Winfridia (Breslau) mit je 113, Bavaria (Bonn) mit 112, Norica (Wien) mit 111, Sauerlandia (Münster) mit 107, Arminia (Heidelberg), Austria (Wien) und Guestfalia (Tübingen) mit je 100 Studierenden. 8 Verbindungen haben weniger als 20 Studierende. Bei den 114 Verbindungen ergibt sich eine Durchschnittszahl von nahezu 60 Studierenden auf eine Verbindung. — Im Jahre 1894/95 zählte der C. V. 991 Studierende. Von diesen kamen an erster Stelle 323 Juristen, zweiter 259 Theologen, an dritter Stelle 229 Medizinet, an vierter 96 Philosophen und Philologen. Jetzt ergibt sich folgendes Bild: an erster Stelle die Juristen, an zweiter die Mediziner, an dritter die Philosophen und Philologen, an vierter die Ingenieure und erst an sechster die Theologen.

[Akademische Nachrichten.] Der bekannte Marburger protestantische Theologe und Politiker Prof. Dr. Martin Rade begeht am 4. April seinen 70. Geburtstag. Prof. Rade ist langjähriger Herausgeber der „Christlichen Welt". — Für das Fach der vergleichenden

REEMTSMA
CIGARETTEN

OVA



Bilder von dem Ursprung der berühmten

REEMTSMA **OVA** CIGARETTEN

Die Auswahl der im Treibbeet gezogenen Pflanzen verlangt sehr große Erfahrung, da der Tabak ungemein empfindlich ist. Mit mühseliger Sorgfalt wird jedes einzelne Pflänzchen gepflegt und beobachtet, bis es kräftig genug ist, um auf dem eigentlichen Tabakfeld angepflanzt zu werden

im Atra

5 Pf.

Wir bitten, die Zigarette nur einmal zu versuchen.

Wir wissen: sie ist beispiellos.

Eilen Sie jetzt

sich dem Frühling gemäß anzuziehen. Ihr Interesse bedingt es, meine letzten Neueingänge in Mänteln und Kleidern zu prüfen. Sie finden die Gelegenheit

sich preiswert und gut zu kleiden.



Jugendliches Kasakkleid
aus Ripspopeline, mit Plisseerock, schöner breiter Stickerei, lg. Aermeln **25.00**



Flottes Frühjahrskleid
aus reinwoll gezw. Popeline mit farbiger Tresse garniert **13.50**



Mantel
aus Ia. Herrenstoff
35.00



Jackenkleid
aus Ia. Herrenstoff
55.00



Mantel
aus Ia. Herrenstoff
48.00

Als Material für das moderne Jackenkleid oder Mantel wird Herrenstoff bevorzugt.

Wie hübsch sich dieser Stoff verarbeiten läßt, sehen Sie aus obigen wenigen Beispielen. Die Auswahl am Lager geht bis ins kleinste. — Trotz des wertvollen Materials finden Sie noch sehr niedrige Preise.

Kommunion-Kleider u. Anzüge
Das Beste und Preiswerteste für Ihre Mädchen und Knaben

RAWE



Apartes Frühjahrskleid
aus reinwollenem Popeline mit weißem Kragen und reichem Besatz . . **15.50**



Hübsches Frühjahrskleid
sehr aparte Farben, mit Crepe de chine Einsatz u. Goldborde garniert **22.50**

✝

Nach einem christlich frommen Leben starb gestern früh 5 Uhr an kurzer, schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Bruder, Großvater und Schwiegervater

Kaufmann

Franz Musche

im 72 Jahre seines Lebens.

Münster, Sebnitz i. Sa., Bielefeld, Hirschberg i. Schles., Lauban i. Schles., Kunzendorf, den 2. April 1927.

In tiefer Trauer:

Hedwig Musche geb. Zobel
Paul Musche
Dr. med. **Karl Musche**
Lily Berghoff geb. Musche
Clara Musche geb. Luig
Hans Berghoff
und 4 Enkelkinder.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 5. April, vormittags 9 Uhr vom Franziskushospital aus. Feierliches Seelenamt anschließend in der St. Mauritzkirche.
Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen. *q

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nachmittag 2 Uhr meinen innigstgeliebten, unvergeßlichen Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel und Vetter, den

Kaufmann

Bernhard Feltkamp

im Alter von 40 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Er starb nach kurzem, schwerem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlich frommen Lebenswandel und mehrmals gestärkt mit den Gnadenmitteln unserer hl. kath. Kirche.

Um ein Gebet für den lieben Verstorbenen bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuenkirchen bei Rheine, Rheine, Diepholz, Ottenstein, den 31. März 1927.

Die Beerdigung findet statt am Montag, den 4. April, morgens 8¼ Uhr vom Krankenhause aus; darnach das feierliche Seelenamt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche anzusehen. *r

---



Der liebe Gott nahm am Mittwoch nachmittag 3 Uhr unser liebes Töchterchen und Schwesterchen

Mimmi

im Alter von 7½ Jahren wieder zu sich in den Himmel.

In tiefer Trauer:
Hermann Schröder u. Frau
Elisabeth geb. **Boß**
Münster i. W., Marienthalstr. 43.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag nachmittag 4¼ Uhr von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes aus.

Gott, dem Herrn über Leben und Tod, hat es in seinem unergründlichen Ratschlusse gefallen, gestern abend 11 Uhr meinen lieben, unvergeßlichen Sohn, unsern guten Bruder, Schwager, Onkel und Neffen, den

Gutsbesitzer

Bernard Große Horstmann

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach längerer Krankheit infolge Herzschwäche, wohlvorbereitet durch einen gottesfürchtigen Lebenswandel und versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im Maria-Josephs-Hospital zu Greven im Alter von 33 Jahren.

Wir bitten um ein andächtiges Gebet für den teuren Verstorbenen.

Altenberge und Saerbeck, den 1. April 1927.

Namens der trauernden Angehörigen:
Bernard Große Horstmann sen.
Gertrud Wermert
geb. Große Horstmann
Albert Große Horstmann
Toni Große Horstmann
Heinrich Wermert.

Die Beerdigung findet statt vom Krankenhause zu Altenberge aus am Dienstag, den 5. April, ½9 Uhr vormittags, gleich darauf das feierliche Seelenamt. s829b

---

Dankesagung!

Verbindlichst danken die Anverwandten des verstorbenen Herrn Kaufmann Bernard Rosery für bewiesene herzliche Teilnahme.

Rienborg.

Agnes Rosery
geb. Kuypers

1795

Statt besonderer Anzeige.

✝

Nach Gottes unerforschlichem Willen verschied am Donnerstag, den 31. März, unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann

Adolf Rose

im Alter von 52 Jahren nach jahrelangem, schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sakramenten.

Münster i. W., Hagen, Dortmund, den 2. April 1927.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Clemens-Hospitals aus, das Seelenamt ist am gleichen Tage, morgens 8 Uhr in der St. Lamberti-Pfarrkirche, wozu freundlichst eingeladen wird *b

---

✝

Das Sechswochen-Seelenamt
für meine liebe Frau und unsere gute Mutter
Frau Johannes Bunge
Maria geb. Fleckmann
findet statt am Montag, den 4. April, morgens 8 Uhr in der St. Mauritz-Pfarrkirche, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden *q

---

✝

Das Sechswochen-Seelenamt
für unsere liebe gute Mutter
Wwe. Lehrer Surholt
findet statt am Montag, den 4. April, 8½ Uhr in der St. Mauritz-Pfarrkirche wozu Verwandte u. Bekannte freundlichst eingeladen werden. *c

Geschwister Surholt.

✝

Das Jahres-Seelenamt
für unsere verstorbene Mutter
Frau Ww. A. Schlemann
findet statt am Montag, den 4. April, morgens 8 Uhr in der Liebfrauen-Pfarrkirche, wozu wir freundlichst einladen. *b

Geschwister Schlemann.

✝

Das Sechswochen-Seelenamt
für meinen unvergeßlichen Mann, unsern guten Vater
Ernst Henrichmöller
findet statt am Mittwoch, den 6. April, morgens 8 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden.

✝

Das Sechswochen-Seelenamt
für meine innigstgeliebte Frau, unsere unvergeßliche Mutter
Frau Heinrich Topheide
findet am Dienstag, den 5 April, morg. 8½ Uhr in der Liebfrauen-Pfarrkirche statt, wozu Verwandte und Bekannte freundl. eingeladen werden.

Münster, den 3. April 1927. *b

Familie Heinrich Topheide.

Schüler
werden ohne Jahresverlust für alle Klassen bis Unterprima in fl. Schülerlandheim vorbereitet. Wieder große Erfolge erzielt. (803)
A. Beenken,
in Wredenscheid,
Kr. Hattingen, Ruhr.

10/30 N. A. G. Phaeton
6fach bereift, Baujahr 23 wegen Anschaffung eines stärkeren Wagens preiswert zu verkaufen. 1764c
Wolff & Co., Windthorststraße.

Suche für Westfale. einen
General-Vertreter
für 2 Schlager der Autobranche ohne Konkurrenz. Bewerb. mit Kapital für entsprech. Lager wollen sich melden bei **A. Konzet, München 50.** 1775c

Billiger Qualitäts-Käse
9 Pfd. gelbe Groden M 3,95
9 „ rote Kugeln M 3,95
9 „ dän. Edamer M 7,50
9 „ dän. Schweizer M 8,90
9 „ Tilsiter M 7,50
200 Stück Harzer M 3,95
ab Nortorf — Nachnahme
Karl Ramm.
Nortorf (Holst.) 601 8) g

Trauerzettel u. Totenbriefe
werden schnell und billig angefertigt in der
Aschendorffschen Buchdruckerei.